

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 22

Köln, den 29. Mai 1931

32. Jahrg.

Brauns-Gutachten – zweiter Teil.

Der Gutachterausschuß zur Untersuchung des Arbeitslosenproblems unter dem Vorsitz von Dr. Brauns hat den zweiten Bericht seiner Tätigkeit fertiggestellt und veröffentlicht. Der erste Teil behandelte die Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten unter möglichst viel Arbeitskräfte. Arbeitszeitverkürzung und die Doppelverdienerfrage waren die Kernstücke des ersten Berichtes. Der jetzt veröffentlichte zweite Bericht stellt die Frage der Arbeitsbeschaffung in den Mittelpunkt der Erörterungen.

Ein wesentlicher Teil des Kommissionsberichtes ist den Ursachen der heutigen Krise gewidmet. Man kommt dabei zu Ergebnissen, die allgemeine Gültigkeit beanspruchen dürfen. Der Wiederaufbau des Produktionsapparates nach den Zerstörungen des Weltkriegs, der Wiederaufbau der Währung nach den Verheerungen der Inflation und nicht zuletzt das atemraubende Tempo, in dem nach langjähriger Blockade die Fortschritte der Welttechnik nachgeholt wurden, erzeugten eine Scheinblüte, die durch die Bereitwilligkeit ausländischer Kreditgeber genährt wurde. Vielfach verlor man dabei Maß und Ziel der Dinge aus den Augen oder, wie die Brauns-Kommission es ausdrückt, die „Scheinblüte führte im Ausland zur Überschätzung unserer Leistungsfähigkeit (Youngplan) und daheim zu einem Mangel an Disziplin in allen Zweigen der öffentlichen, nicht minder aber auch der privaten Wirtschaft.“ Verhängnisvoll wirkten auf die weitere Entwicklung die innerpolitischen Spannungen ein, die manche Ansätze zum Besseren zerstückelten. Berechtigte Hoffnungen auf eine Entspannung des Kapitalmarktes wurden zunichte; die bereits hervorgetretene Tendenz zur Senkung des Zinsfußes brach ab; der Schaffenswille bei den Unternehmern schlug in Pessimismus um, und weiter Kreise der Arbeiterschaft bemühten sich eine bis zur Verzweiflung gehende Mutlosigkeit.

Es kann nicht Sache der Gutachterkommission sein, so wird gesagt, die einzelnen Aufgaben, die damit unserer Außenpolitik nach ihren verschiedenen Seiten hin gestellt sind, genauer zu umschreiben. Vielmehr muß die Kommission ihr Augenmerk auf diejenigen Möglichkeiten unmittelbarer oder mittelbarer Arbeitsbeschaffung richten, die im innerdeutschen Entscheidungsbereich liegen. Alle Maßnahmen dieser Art müssen darauf abzielen, die Erstarrung, in der sich heute unsere Wirtschaft befindet, zu lösen und in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen.

Überlegungen und Erfahrungen früherer Krisen zeigen, daß Lösung der wirtschaftlichen Erstarrung durch neue Kapitalanlagen, die die brachliegenden Produktionskräfte wieder in Bewegung setzen, erfolgt. Diese Bewegung war früher regelmäßig der privaten Initiative zu verdanken und nahm ihren Ausgang vorzugsweise von der Bauwirtschaft. Die Hemmungen, die heute auf diesem Gebiet liegen, sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle geschildert werden müßten. Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft.

Neben der Auflockerung der zahlreichen, die Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft beschränkenden Bindungen, und neben sparsamster Verwendung aller öffentlichen Mittel kommt

hier in erster Linie Erleichterung der Kapitalbeschaffung und Senkung des Zinsfußes in Frage. Weitgreifende Pläne und der Einsatz großer Mittel sind erforderlich, wenn Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung eine zeitweilige Milderung der Arbeitslosigkeit und eine Belebung der Gesamtwirtschaft bringen sollen. Langfristige Kredite und Auslandskapital, vorausgesetzt, daß letzteres zu erträglichen Zinsen zu beschaffen ist, werden als technische Mittel zur Kapitalbeschaffung genannt.

Als unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen der in Angriff zu nehmenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden ausdrücklich genannt: Geordnete öffentliche Finanzen, Sparsamkeit in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung, Beruhigung unserer innerpolitischen Verhältnisse. Von allen Bürgern muß erwartet werden die pflichtgemäße Einstellung auf das Ganze und die Ablehnung aller einseitigen Interessenwirtschaft, die verantwortliche Mitarbeit am Aufbau des Staates mit dem Blick auf hohe und höchste Ideale und dem festen Willen, sich auch den Erfordernissen des Tages nicht zu versagen.

An diese grundsätzlichen Darlegungen schließen sich Vorschläge für förderungswürdige Arbeitsgebiete, für die Arbeitsbeschaffung unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel und für Maßnahmen besonderer Art. Als förderungswürdig wird bezeichnet: die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und Wohnungswirtschaft. Zum Schluß befaßt sich das Gutachten mit besonderen Maßnahmen und nimmt Stellung zur gemeindlichen Arbeitsfürsorge, zur Arbeitsdienstpflcht und Pflichtarbeit.

Bei der zuerst als förderungswürdig genannten Energiewirtschaft wird auf den möglichen und wünschenswerten Ausbau von elektrischen Kraftwerken und der elektrischen Leitungsnetze hingewiesen. Eine zweckmäßige Steigerung des Verbrauchs elektrischer Energie würde sich durch die Ausführung der von der Reichsbahn-Gesellschaft projektierten, aus Kapitalmangel aber zurückgestellten Pläne der Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken verwirklichen lassen. Große Entwicklungsmöglichkeiten sind nach der Meinung des Gutachterausschusses auch auf dem Gebiete der Gaswirtschaft vorhanden.

Im Verkehrswesen sollen Neuinvestitionen sorgfältig geprüft werden. Insbesondere sind Kanalbauten abzulehnen, wenn sie nicht auch für andere Zwecke, z. B. für die Landeskultur, notwendig erscheinen. Wirtschaftliche, wertvolle und zweckdienliche Arbeitsbeschaffung bei Reichsbahn und Reichspost dürften zur Belebung verschiedener Wirtschaftszweige erheblich beitragen. Die Kommission empfiehlt nicht die Anlage von großen innerdeutschen Durchgangsstraßen für den Fernverkehr, die mit der Eisenbahn in Wettbewerb treten würden. Ein weiterer Ausbau des Eisenbahnnetzes sei gegenwärtig nur unter besonderen Voraussetzungen zu rechtfertigen. Die Verbesserung des alten Straßennetzes in bezug auf Linienführung, Straßenbreite und Straßendecke wird hingegen dringend befürwortet, wodurch auch die Unterhaltungslast sinken werde. Für ländliche Gebiete sei die Schaffung guter Verkehrsanschlüsse zur Erleichterung des Absatzes ihrer Erzeugnisse wichtig. Nach Ansicht der Kommission müsse die Kraftfahrzeugsteuer in vollem Umfange der Verbesserung des Straßen-

baus nutzbar gemacht werden. Sie glaubt auch, daß billigerweise ein Teil der gegenwärtigen Abgaben auf Brennstoffe dem Ausbau der Straßen zugute kommen muß.

Landwirtschaftliche Meliorationen werden sehr lebhaft empfohlen. Nach der Meinung der Kommission treffen hier volkswirtschaftlich wichtige Vorteile und privatwirtschaftlicher Nutzen zu und zeitigen höchst günstige arbeitsmarktpolitische Wirkungen. Die Durchführung der Meliorationen nehmen meist nur geringes Kapital, aber sehr viel menschliche Arbeitskraft in Anspruch. In diesem Zusammenhang erwähnt die Kommission als zweckmäßig einen freiwilligen Arbeitsdienst, auf den am Schluß noch zurückzukommen sein wird. Das gleiche trifft für die landwirtschaftliche Siedlung zu, deren zielbewußte Förderung durch eine Art Gemeinschaftsiedlung gefordert wird. Die Förderung des Wohnungsbaues hat nach Ansicht der Kommission neben ihren großen Erfolgen auch ihre Schattenseiten gehabt. Ein zu schroffer Bruch mit der bisherigen Praxis, dem Wohnungsbau öffentliche Mittel zuzuführen, erscheine bedenklich. Darum wird für die unermessliche Verminderung der für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel ein schonendes Vorgehen und Streckung dieser Mittel empfohlen. Statt Hauszinssteuerhypotheken sollen Zinszuschüsse gewährt werden und die Bevorzugung kleinerer Wohnungen erfolgen.

Problematisch erscheint die Arbeitsbeschaffung durch Gewährung öffentlicher Mittel. Die Fortsetzung dieses Arbeitsbeschaffungswerkes hänge davon ab, daß die investierten Mittel in regelmäßigem Wechsel wieder zur Verfügung stehen, und daß die Kosten (auch die Lohnkosten ohne Gefährdung des sozialpolitischen Charakters der Maßnahme) dem Wert der Arbeiten angepaßt werden. Die Frage, ob durch Lohn- und Zinszuschüsse auch private Unternehmer Subventionen zur Erweiterung ihrer Tätigkeit erhalten sollen, wird von der Kommission „im allgemeinen verneint“. Subventionen dieser Art können leicht zur Verlagerung von Standorten, Aufträgen und Kapital und zu Schädigungen der nichtsubventionierten Industrie führen.

Unter Maßnahmen besonderer Art wird die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstplicht nicht als ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes betrachtet. Dagegen empfiehlt die Kommission die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes in gewissem Umfang, und zwar in zwei Formen. Erstens Arbeitsleistung am Unterstützungsort oder in dessen Nähe unter Fortbezug der Unterstützung, zweitens zusätzliche Außenarbeiten auf dem Lande durch junge Arbeitslose unter Loslösung vom bisherigen Arbeits-

ort, eventuell unter Zusammenschluß geinnungsgemäß verbundener kleiner Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften. Hierbei müßte die Gefahr politischer oder gar staatsfeindlicher Propaganda, die sich aus der Zusammenfassung solcher Arbeitsgruppen ergeben könnte, unter allen Umständen vermieden werden. Eine Fortzählung der Arbeitslosenunterstützung wird für diese Form des Arbeitsdienstes wahrscheinlich nicht in Betracht kommen können, evtl. aber Zuschüsse aus etwaigen Ersparnissen der Reichsanstalt, der Krisenfürsorge und der öffentlichen Fürsorge. Schwierigkeiten der Durchführung werden sich zunächst bei der Schaffung zusätzlicher Arbeit zeigen. Man wird sich deshalb nicht wie bei der Notstandsarbeit und der Pflichtarbeit auf die öffentliche Hand als Träger beschränken können, sondern man wird Verbände mit gemeinnützigen Zielen als Träger auch dann heranziehen müssen, wenn die durch sie bereitgestellten Arbeiten zunächst nur einem beschränkten Personenkreis zugute kommen.

Pflichtarbeit ist nach der Ansicht der Kommission nicht nur im Rahmen der öffentlichen Fürsorge, sondern auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt und notwendig. Als Pflichtarbeiten kommen, soweit sie gemeinnützig sind, insbesondere in Betracht: Arbeiten, die der Reinlichkeit und der Gesundheitspflege dienen, Arbeiten für karitative und gemeinnützige Anstalten, Herrichtung von Anlagen, von Spiel- und Sportplätzen, von Fahr- und Fußwegen, Be- und Entwässerungsanlagen, gemeinsame Bodenverbesserung. Hinsichtlich der beruflichen Bindungsmaßnahmen für Arbeitslose empfiehlt die Kommission eine wesentliche Erweiterung der bisher schon eingeleiteten Maßnahmen.

Bei den meisten Fragen beschränkt sich der Bericht der Gutachterkommission auf grundsätzliche Erwägungen und Anregungen. Die behandelten Probleme sind alle schon mehr oder minder eingehend diskutiert, ließen also neue wirtschaftliche Offenbarungen auch nicht erwarten. Die Inangriffnahme und Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen dürfte aber noch Schwierigkeiten bereiten, zu deren Beseitigung jedoch alle Kräfte angespannt werden müssen. Die Zahl der Arbeitslosen weist immer noch eine Höhe auf, die zu größter Beforgnis Anlaß gibt und keine nennenswerte und erwartete Entlastung des Arbeitsmarktes erkennen läßt. Wir brauchen jetzt statt langer Erwägungen und Überlegungen entschlossene Taten, die den verzweifelt Massen wieder Arbeit und Brot schaffen.

Die soziale Verschlechterung zugunsten der Landwirtschaft.

Zu den Optimisten, die behaupten, die Weltkrise beheben oder sie wenigstens nicht spürbar werden zu lassen, gehören auch gewisse Landwirtschaftskreise, die zwar sicher nicht als legitimierte Repräsentanten der gesamten deutschen Landwirtschaft angesehen werden können, die aber durch starkes Lärm schlagen die meiste Beachtung der Öffentlichkeit auf sich ziehen und leider — die Besonnenen finden ja nicht so leicht den Weg zur Demagogie — auch finden. Die sogenannte „Grüne Front“, insbesondere der Reichslandbund, trotz einer vor einiger Zeit vorgenommenen, die mittleren Betriebe stärker berücksichtigenden inneren Umorganisation nach wie vor die Interessenvertretung der Groß- und Größtgrundbesitzer, ist es besonders, die in demagogischer Form ultraradikale Forderungen aufstellt mit der ernsthaften Absicht, ihre Mitglieder aus dem Kreis der von den fallenden Preisen Betroffenen herausnehmen zu können und sie möglichst ganz von den Wirkungen der Krise zu verschonen. Landbundführer scheuen sich nicht, die Behauptung aufzustellen, daß in den letzten Jahren Verbraucherpolitik betrieben worden sei und zur Rettung der Landwirtschaft nichts geschehen sei. Jeder Derünftige und Ehrliche kommt jedoch zu demselben Ergebnis wie die „Kölnische Volkszeitung“, daß „in keinem anderen Lande der Welt auch nur annähernd so einschneidende und weittragende Agrargesetze zugunsten der Landwirtschaft zur Annahme gelangt sind wie in Deutschland“. Auch die neuesten Zollerhöhungen werden in der amtlichen Mitteilung als ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion bezeichnet. Man muß also annehmen, daß noch weitere Schritte beabsichtigt sind. Die landwirtschaftliche Presse ist bereits darauf eingestellt. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. bezeichnet die neuen Zollerhöhungen lediglich „als eine Abschlagszahlung“ und meint,

es handelt sich nur um einen ersten Schritt, dem weitere in kürzester Zeit folgen werden.

Die „Kölnische Volkszeitung“ brachte bereits am 27. April Tatsachenmaterial zur Zollgesetzgebung. Es heißt da u. a.:

Weizen. Nach mehrfachen Zollerhöhungen wurde der Weizen Zoll von 12 RM auf 25 RM erhöht. Während im Auslande die Weizenpreise im Vergleich zum Vorjahre um 26—46% gesunken sind, sind sie zur gleichen Zeit in Deutschland um 26% gestiegen.

Roggen. Der Roggen Zoll wurde von 9 RM auf 20 RM erhöht. Während im Auslande die Roggenpreise im Vergleich zum Vorjahre um 13—45% sanken, sind sie in Deutschland zur gleichen Zeit um 12% gestiegen. Die deutschen Preise liegen um rund 250% über den Auslandspreisen.

Gerste. Der Futtergerstenzoll war bereits unmittelbar vor dem Amtsantritt Brünnings von 5 RM auf 10 RM erhöht worden und wurde weiter auf 18 RM heraufgesetzt. Die deutschen Futtergerstpreise sind ebenfalls von Februar 1930—1931 um 27% gestiegen, während der Preis der ausländischen Futtergerste um 33% gefallen ist.

Hafer. Der Zoll wurde auf 12 RM erhöht. Der Preis für Auslands Hafer stieg um 9%, während der ausländische Haferpreis um 45% gesunken ist.

Zucker. Der deutsche Zuckerpreis ist im Jahresdurchschnitt 1930 gegenüber 1929 noch um 1% gestiegen, während er im Auslande überall, z. B. in der Tschechoslowakei, um 26% gefallen ist. (Für Zucker wird in Deutschland nach Julius Hirsch dreimal so viel Zoll bezahlt, wie er auf den Auslandsmärkten kostet.)

Schweine. Der Zoll für lebende Schweine wurde von 18 RM auf 27 RM und für Schweinefleisch von 32 RM auf 45 RM erhöht.

Rinder. Die Gefrierfleischzufuhr wurde völlig beseitigt. Wurden Preisrückgänge auch nicht ganz vermindert, so beschränkten sie sich doch auf 10—15% gegenüber 20—36% im Auslande.

Butter. Der Butterzoll wurde von 27,50 RM auf 50 RM erhöht. Während der Butterpreis im Ausland um 18% (Kopenhagen) und 26% (London-Neuseeland) zurückging, waren es in Deutschland nur 7%.

Diese Aufstellung ist ein denkwürdiges Bild der Verteuerung in Deutschland und gibt eindeutig darüber Aufschluß, in welcher Weise eine Verbilligung der Lebenshaltung durch Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft unmöglich gemacht ist.

Das neue, Anfang Mai bekanntgewordene Zollprogramm treibt die Preise in der gleichen Richtung weiter. Der Zoll für lebende Schweine ist mit Wirkung bis zum 1. November dieses Jahres auf 40 RM erhöht, der Zoll für Hafer ist auf 16 RM heraufgesetzt. Für Gänse tritt in der Zeit vom 16. Oktober bis 31. März eine Erhöhung des Zolls auf 2,10 RM per Stück oder 36 RM für den Doppelzentner ein. Weitere Zollerhöhungen sind vorgenommen für Speiseerbsen auf 20 RM, für Futtererbsen und Bohnen auf 8 RM, für ungerreinigte Linsen auf 6 RM und für gereinigte auf 8 RM, für Futterbohnen, Lupinen und Wicken auf 5 RM.

Das deutsche Volk bringt für Reparationsleistungen jährlich zirka 2 Milliarden RM auf, für die Verzinsung und Amortisation der Auslandsanleihen müssen weitere zirka 2 Milliarden RM aufgebracht werden, und Prof. Dessauer hat ausgerechnet (Rhein-Mainische Volkszeitung vom 18. Februar), daß an öffentlichen Mitteln für die Landwirtschaft aus der Steuerzahlenden und der Konsumentenschicht annähernd 4 Milliarden RM, mindestens aber 3,5 Milliarden RM, aufgewandt werden. — Soweit die unbestreitbaren Tatsachen.

Es ist einigermaßen verwunderlich, mit welcher Langmut die breiten Schichten des deutschen Volkes solche maßlosen Forderungen eines Berufsstandes hinnehmen. Die Landwirtschaft und ihre Führer

dürften sich doch darüber klar geworden sein, daß alles das, was in den letzten Jahren unter dem Namen Landwirtschaftshilfe zugunsten der Landwirtschaft erreicht und getan worden ist, nur möglich war mit Zustimmung der Vertreter der Arbeitnehmer. Es wird nunmehr Zeit, daß sich diese Kreise auch darüber klar werden, daß die äußerste Grenze des Tragbaren längst erreicht ist. Es gibt nicht nur eine notleidende Landwirtschaft, sondern es gibt eine ebenso, wenn nicht viel stärker, in äußerster Not befindliche Arbeitnehmerschaft. Alle Schichten unseres Volkes, die Arbeitseinkommen beziehen (Beamte, Angestellte, Arbeiter), werden von der Krise am härtesten zu Boden gedrückt, wobei unzweifelhaft die Arbeiterschaft (Arbeitslosigkeit in ungeahntem Umfange, Kürzung von Tarif- und Leistungslöhnen in untragbarem Ausmaß, Kurzarbeit) das schwerste Los trifft. Hier handelt es sich nicht um die Existenz und die Rentabilität von Betrieben, hier geht es letzten Endes und tatsächlich um die Existenz von Millionen Menschen und Familien. Auf der einen Seite werden diese gehezt durch immer noch nicht zu Ende kommende Kürzung des Nominaleinkommens, auf der anderen Seite gefangen vor einer Preismauer, die ohne Zölle wesentlich niedriger wäre. Sanierung der Landwirtschaft zu Lasten der Bevölkerung ist der Sinn aller zollpolitischen Forderungen der „Grünen Front“ und der tatsächliche Effekt der Regierungsmaßnahmen. Bei den Berliner Verhandlungen um den Brotpreis Anfang dieses Monats zeigte sich die antisoziale Einstellung des „Ernährungs“-Ministers Schiele besonders deutlich. Durch eine Lohnkürzung der Bäckergehilfen wollte er den durch seine Zollpolitik in die Höhe getriebenen Brotpreis wieder senken.

Durch das Mitgehen mit den Zollforderungen der Großagrarien haben gerade die Arbeitnehmerschichten bisher eine Solidarität mit der Landwirtschaft und eine Opferbereitschaft aus der Kenntnis der bevölkerungspolitischen, nationalpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Ostens heraus bewiesen, die vorbildlich ist. Eine weitere Inanspruchnahme dieser Opfergesinnung ist Mißbrauch auf der einen und Selbstmord auf der anderen Seite. Dr. Fs.

Arbeiterschaft und Zollunion.

In Nr. 19 war an dieser Stelle gezeigt, daß die deutsch-österreichische Zollunion ein europäisches Problem ist und zum Ansatzpunkte einer allgemeinen Wirtschaftsverständigung werden kann. Es ist grundfalsch, die wirtschaftliche Bedeutung dieses Paktes nur aus den Zahlen des bisherigen Außenhandels herauszurechnen. Etwa nach der Methode: weil die deutsche Ausfuhr nach Österreich größer ist als die Einfuhr aus Österreich, deshalb ist diese Zollunion für Deutschland ein gutes Geschäft. Schon einmal hat Deutschland erfahren, daß sich der Abbau der Zölle ganz anders auswirkte, als man vorher berechnet hatte. Das war vor hundert Jahren, als von den „regionalen“ Zollvereinen die Schlagbäume innerhalb Deutschlands, zwischen den Kleinstaaten und Städten niedergerissen wurden. Jahrzehnte lang mußten wenige Weitblickende, allen voran Friedrich List für ihre Idee, daß sich die deutsche Wirtschaft nur durch Vergrößerung und Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes entwickeln könne, kämpfen. Die damaligen Nutznießer der Binnenzölle — und das war die überwiegende Mehrheit des Volkes — mußten gegen ihren Willen zu ihrem eigenen Glück verholzen werden. Die Geschichte hat erwiesen, daß die Beseitigung der 39 Zolllinien, die damals Deutschland durchzogen, für das ganze deutsche Volk und die ganze Wirtschaft ein großes Geschenk war. Ohne die Zollvereine und die Beseitigung der Binnenzölle läßt sich der Aufstieg Deutschlands als Volk und Staat gar nicht denken.

Vor demselben Problem stehen wir heute, nur heißt es nicht Deutschland, sondern Europa. Die Wirtschaft ist ohne Raum, deshalb kann sie sich nicht weiter entwickeln. Überall stößt sie auf dieselben Hindernisse wie vor 100 Jahren; damals waren es 39 Kleinstaaten und Städte, heute sind es 31 Staaten in Europa. Der Größenunterschied ist wirtschaftlich belanglos, denn durch den Verkehr sind heute die Staaten Europas enger miteinander verbunden als früher die Staatsgebilde innerhalb Deutschlands. Es ist interessant zu verfolgen, wie sich mit dem Problem auch die Kämpfe um und gegen den Zoll heute wiederholen.

Bislang wurden Zollfragen fast ausschließlich unter den „Beteiligten“ behandelt und gelöst, hinter verschlossenen Türen wurden die Zollsätze festgelegt und unter den beteiligten Wirtschaftsgruppen

ausgehandelt. Ungefähr nach dem Muster: wenn du mir meine Forderungen zugestehst, dann will ich dich in deinen Wünschen unterstützen. Nach diesem Leitfaden bewilligten sich Landwirtschaft und Industrie gegenseitig immer höhere Zollsätze. Und das Volk merkte nichts davon. Denn zur gleichen Zeit, wo man um die Heraushebung jeder einzelnen Zollposition kämpfte, verkündeten die Führer der Wirtschaft auf den großen Tagungen die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit zum allgemeinen Zollabbau. Während die Öffentlichkeit, begeistert durch derartige Gedanken, von Wirtschaftsfrieden und Paneuropa träumte, machten wenige Interessenten hinter den Kulissen das große Geschäft.

Es war aber ein kurzsichtiges und auf die Dauer schlechtes Geschäft. Das sehen wir heute, wo die Wirtschaft ganz Europas durch die Zollabsperrungen in eine derartige Krise geraten ist, daß ein Ausweg fast unmöglich erscheint. Heute wissen wir, daß die Zollpolitik eine der Kernfragen des ganzen Wirtschaftslebens ist, durch die das Schicksal des ganzen Volkes, besonders der Arbeiterschaft wesentlich bestimmt wird.

Die Zollpolitik ist schuld daran, daß die Wirtschaftsstörungen, die sich besonders in der Überproduktion von Rohstoffen äußern, ein derartiges Ausmaß angenommen haben, wie wir es gegenwärtig erleben. Die Produktion der meisten und wichtigsten Rohstoffe ist seit der Vorkriegszeit um ein Vielfaches gestiegen. Getreide, Futter- und landwirtschaftliche Nahrungsmittel sind in einem derartigen Überfluß vorhanden, daß große Teile auf den Weltmärkten nicht mehr abzusetzen sind. Die Produktion von Kautschuk, Erdöl, Aluminium, Kupfer, Baumwolle ist um ein Mehrfaches gestiegen. Hinzu kommt, daß durch die Rationalisierung auch die Erziehbildung der Arbeit wesentlich vergrößert ist.

Bei natürlicher Entwicklung müßte diese allgemeine Produktionssteigerung ein Segen für die ganze Menschheit sein. Die Lebensbedingungen jedes Einzelnen könnten wesentlich verbessert werden. Das Umgekehrte ist aber der Fall. Heute sind viel mehr Menschen arbeitslos als in der Vorkriegszeit, und sie müssen hungern, weil der Überfluß auf allen Gebieten zu groß ist. Dieser Gegensatz zeigt, daß sich die Produktion und Wirtschaft nicht natürlich entwickelt haben.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die ungeheure Arbeitslosigkeit kann man nur verstehen, wenn man von der Zollpolitik der Nachkriegszeit ausgeht. Überall war im Anfange der Schutz Zoll. Durch die Zollmauern wurden fast ohne Ausnahme alle Länder der Welt zu wirtschaftlichen Treibhäusern, in denen sich alle Wirtschaftszweige, genährt von einem hohen Preisniveau, künstlich, aber kräftig entwickeln konnten. Überall sprossen neue Landwirtschaften und Industrien empor und wurden, gestützt auf einen sicheren Binnenmarkt, zu einem kräftigen, lebenswichtigen Bestandteil der heimischen Wirtschaft. Die Betriebe wurden ganz allgemein vergrößert, verbessert, mechanisiert und rationalisiert, die Produktionsmöglichkeit stieg überall um ein Vielfaches, mit dem Erfolge, daß die Produkte keinen Absatz mehr fanden. Denn hinter den sicheren Zollmauern konnte man trotz gesunkener Produktionskosten die Preise hochhalten. Das vergrößerte die Gewinne und die Rentabilität. Aber nur für eine kurze Übergangszeit. Denn durch die Maschinisierung und Rationalisierung waren Arbeitskräfte überflüssig geworden. Arbeiter mit ihren Familien, denen mit der Arbeit auch die Kaufkraft genommen wurde. Mehrere Millionen sind durch die Rationalisierung freigesetzt und können von dem landwirtschaftlichen und industriellen Mehrprodukt nichts mehr kaufen. Die Kaufkraft ging durch die Arbeitslosen zurück und mit ihr der Absatz, die verringerte Absatzmöglichkeit schuf neue Arbeitslosigkeit, weiteren Absatzrückgang, wieder Arbeitslosigkeit und Absatzrückgang in unübersehbarer, gesetzmäßiger Folge. Auf diesem Wege entstand das unermeßliche Arbeitslosenheer der Welt.

Vielfach wird der Rationalisierung die Hauptschuld an der steigenden Arbeitslosigkeit zugesprochen. Das ist richtig, denn die Einführung von neuen Maschinen und Betriebsorganisationen hat Millionen von Arbeitskräften freigesetzt. Je größer der technische Fortschritt, um so weniger Menschenkräfte werden nötig sein, um die der vorhandenen Kaufkraft entsprechenden Güter zu schaffen. Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, daß die durch die Rationalisierung Arbeitslosen bei der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation und Preispolitik niemals wieder in den Wirtschaftsprozess eingereiht werden können. Solange die Kaufkraft nicht durch entscheidende Preissenkung erhöht wird, gehören die Arbeitskräfte, welche durch die Maschinen ersetzt sind, zur großen, untätigen Reservearmee.

Aber die Rationalisierung ist nicht der letzte Grund, weil sie selbst wieder nur durch die Zollpolitik möglich und geschaffen wurde. Jetzt geben die Unternehmer selbst zu, daß durch die Rationalisierung beträchtliche Kapitalmengen fehlgeleitet, d. h. wirtschaftswidrig Arbeiter durch Maschine ersetzt wurden. Bei freier Wirtschaft wäre eine solche Kapitalfehlleitung gar nicht möglich gewesen, da dann die Konkurrenzpreise dafür gesorgt hätten, daß sich auch die Anlagen und Kapitalkosten nach den Absatzausichten richteten. Durch die Zölle ist der gesetzmäßige Preisregulator vollständig ausgeschaltet worden. Die Kosten brauchten sich nicht nach dem Preise zu richten, sondern umgekehrt wurden die Preise nach den Kosten bestimmt. Man konnte das in Industrie und Landwirtschaft, weil die ausländische Konkurrenz durch die Zölle unwirksam gemacht war, und weil sich die Produzenten des Inlandes über die Höhe des Preises schnell einig wurden. Nur hinter hohen Zollmauern konnte in wenigen Jahren eine Rationalisierung durchgeführt werden, die technisch interessant, wirtschaftlich aber meist kostensteigernd gewirkt hat.

Das ist der große Fluch der Zölle, daß sie die Wirtschaft zur größten Unwirtschaftlichkeit verleiten. Die Rationalisierung an sich war nicht unwirtschaftlich; sie wurde erst unwirtschaftlich durch die Preispolitik. Mit Hilfe der Zölle konnten die Preise der geschützten Waren ganz unabhängig von den Produktionskostensenkungen und vom Weltmarkt aus engstirnigem Egoismus hoch gehalten werden. In allen Ländern entwickelte sich hinter den heimischen Zollmauern ein derartiges Preisniveau, daß die Kaufkraft der Bevölkerung wesentlich zurückging. Der verringerten Kaufkraft stand aber das durch die Rationalisierung geschaffene bzw. mögliche und notwendige Mehrprodukt gegenüber. Statt die Preise im Inlande entscheidend zu senken und dadurch neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen, schränkte man die Produktion ein und suchte auf dem Weltmarkt Luft. Es begann ein großer Sturm auf die Weltmärkte, wo von fast allen Ländern die Waren zu jedem beliebigen, auch Verlustpreise, angeboten und verkauft wurden. Diese Gedankenfolge ist das Fundament, von dem wir ausgehen müssen, wenn wir an die Wirkungen der Zölle denken. Europa ist aufgeteilt in mehr als 30 Treibhäuser, in denen die meisten Wirtschaftszweige, Industrien und Landwirtschaften, künst-

lich emporgezüchtet werden. Überall herrscht größter Überfluß und Not zugleich. In den großen Weltagrarländern werden die Völker unruhig, weil sie ihre großen Getreidevorräte trotz bester Qualität und geringster Produktionskosten nicht verkaufen können und dadurch in große finanzielle Schwierigkeiten und Abhängigkeiten geraten sind. In den führenden Industrieländern herrscht größte Arbeitslosigkeit und Not, weil sich alle anderen Länder gegen die Einfuhr von Industrieprodukten wehren. Die Leidtragenden sind in den Industrieländern vor allem die Arbeiter. Das gilt in ganz besonderem Maße für Deutschland. Als größte Konsumentenschicht muß die deutsche Arbeiterschaft auf dem Wege über die durch Zoll erhöhten Inlandpreise die Unwirtschaftlichkeit der meisten Wirtschaftszweige bezahlen. Mit doppelten und noch höheren Lebensmittelpreisen muß sie der deutschen Landwirtschaft eine Rentabilität sichern. In den Monopol- und Kartellpreisen der Industriewaren hat sie die Maschinisierung und Rationalisierung der Industrie privatwirtschaftlich rentabel gemacht. Auf dem Wege über die Zollpolitik ist der deutschen Arbeiterschaft ein großer Teil der natürlichen Kaufkraft ihrer Löhne entzogen und den geschützten Wirtschaftszweigen zugeleitet worden. Dazu noch hat die Arbeiterschaft durch die unwirtschaftliche Rationalisierung ihr eigenes Grab geschaufelt. Millionen wurden herausgesetzt, weil der Produktionsapparat im Verhältnis zur rückgängigen Kaufkraft viel zu groß geworden war, weil weniger Menschen ein Mehrfaches von dem schaffen können, was vor einigen Jahren erarbeitet wurde.

All diese Folgerungen und Schwierigkeiten gehen in der Hauptsache auf die übertriebenen Zollabsperungen zurück. Ohne deren Beseitigung gibt es keinen Ausweg aus der europäischen Wirtschaftsnote. Erst wenn die Treibhausluft, das künstlich überhöhte Inlandpreisniveau beseitigt ist, wenn in den europäischen Ländern der frische Wind der freien Konkurrenz pfeift und die künstlichen Gebilde der Wirtschaft vernichtet, erst dann ist Aussicht vorhanden, daß die Wirtschaftsstockung und Arbeitslosigkeit langsam ausgeglichen wird. Nicht eher. Denn solange die Zollmauern bestehen, werden die künstlichen Gewächse weiter leben und einen immer größeren Schutz notwendig haben.

Aus diesen Wirkungen der Zollpolitik erkennt man die Vorteile der Zollunionen. Durch die geplante deutsch-österreichische Zollunion wird das Wirtschaftsgebiet vergrößert, für Deutschland um 10%, für Österreich um das Zehnfache. Diese Union soll nur der Anfang für eine weitere Entwicklung sein. Jeder Staat kann sich diesem Zollabbauvertrage anschließen. Das Ziel ist ein möglichst großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem ein freier, wirtschaftlicher Austausch möglich ist. Dadurch würde die Wirtschaft wieder auf rein wirtschaftliche Grundlagen gestellt.

Gewiß gehen derartige Zollunionen nicht reibungslos an den einzelnen Volkswirtschaften vorüber. Schon die deutsch-österreichische Zollunion wird sowohl in Deutschland wie auch in Österreich vorübergehende Störungen in einzelnen Wirtschaftsgruppen mit sich bringen. Davon wird auch die deutsche Holzindustrie, besonders in den süddeutschen Ländern, in gewissem Umfang getroffen. Bei Fortfallen der Zollschranken würde die Einfuhr österreichischer Hölzer nach Deutschland zweifellos zunehmen. Schon jetzt nimmt das Holz mit 21,7 Millionen RM mehr als 11% der gesamten Einfuhr aus Österreich ein. Eine Steigerung würde sich, wenn im ganzen auch unwesentlich, auf dem deutschen Markte bemerkbar machen. Derartige vorübergehende Störungen müssen aber kommen, sie dienen der Wirtschaftlichkeit in beiden zusammengeschlossenen Ländern. Druck erzeugt Gegendruck, das ist der Sinn des freien Konkurrenzkampfes, durch dessen Erneuerung nur eine Gesundung Europas möglich ist. Auf dem Wege über die Preise muß und wird sich auch die deutsche Holzindustrie angleichen. Dasselbe wird in allen übrigen Wirtschaftszweigen geschehen. Nach einer verhältnismäßig kurzen Übergangszeit, in der zum Segen für das ganze Volk die wirtschaftlichen unmöglichen Gebilde verschwinden, wird auf dem vergrößerten Raum das Gleichgewicht und der Ausgleich wieder hergestellt sein.

Die Haupthindernisse einer Zollunion bilden die Befürchtungen für die Übergangszeit. Wie vor hundert Jahren befürchteten auch jetzt alle durch Zoll geschützten Wirtschaftszweige, daß eine Beseitigung der Zölle für sie den Untergang bedeute. Die Erfahrung bei der Aufhebung der Binnenzölle sollte bestätigt haben, daß alle derartigen Berechnungen von einer falschen Grundlage ausgehen. Mit der Beseitigung der Zollschranken wird das Wirtschaftsgebiet nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändert. Die Zunahme und die Richtung des Verkehrs läßt sich auch nicht annähernd

schätzen. An der Bildung und Entwicklung möglichst umfangreicher Zollunionen ist mit der ganzen Arbeiterschaft auch der Holzarbeiter trotz vielleicht möglicher, vorübergehender Hemmungen am meisten interessiert. Nur die Beseitigung der Zollschranken über den Weg der Zollunion gibt die Aussicht, daß unwirtschaftliche Wirtschafts- und Betriebszweige allmählich aus dem Wirtschaftsleben verschwinden.

Stellungnahme des J. B. C. G. zur Tagesordnung der 15. Internationalen Arbeitskonferenz.

Der Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, der am 13. Mai in Rom tagte, befaßte sich mit den Fragen, welche auf der Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz eingeschrieben sind.

In bezug auf die Revision des Übereinkommens über die Nachtarbeit der Frauen bedauert der Vorstand, feststellen zu müssen, daß einige Regierungen es für notwendig gehalten haben, dieses Übereinkommen in einem Sinne zu revidieren, der keine Verbesserung des den Arbeiterinnen gewährten Schutzes darstellt.

Obwohl die kürzlich vom Internationalen Arbeitsamte auf Grund der von den Regierungen erhaltenen Antworten ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge den Grundsatz des Übereinkommens nicht in Abrede stellen, hält der Vorstand des J. B. C. G. es trotzdem für geboten, in Erinnerung zu bringen, daß das jetzige Übereinkommen ein Mindestmaß darstellt und daß es besser gewesen wäre, die als Nacht in Betracht kommende Zeit auf eine größere Stundenzahl festzulegen, als eine auch noch so kleine Gruppe von dem Schutze des Übereinkommens auszuschließen.

Der Vorstand bekundet entschieden seinen Willen, dahingehend, daß die Grundsätze, die seit 1906 die Staaten zur Aufstellung und Ratifizierung eines Übereinkommens über die Nachtarbeit der Frauen geleitet haben, aufrechterhalten werden.

In Sachen der Arbeitszeit im Kohlenbergbau bringt der Vorstand in Erinnerung, daß im Vorjahre die Konferenz nicht zum Ergebnis eines Übereinkommens geführt hat, das den gerechtfertigten Forderungen der Bergarbeiter entspricht.

Der Vorstand erwartet von den Delegierten der Konferenz, daß sie im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit das mögliche tun, um diesmal ein Übereinkommen zu erreichen, das in unzweideutiger Weise die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken regelt.

Die Frage des Zulassungsalters in den nichtindustriellen Unternehmungen, die ebenfalls zur Beratung steht, bildet eine notwendige Ergänzung der Schutzbestimmungen, welche die bestehenden Übereinkommen über das Zulassungsalter der Kinder in der Industrie, der Landwirtschaft und der Seeschifffahrt enthalten.

Der Vorstand ist der Auffassung, daß ein internationales Übereinkommen, namentlich die Arbeit der Kinder in Büros, Handelsbetrieben und Straßenhandel umfassen soll.

Das Zulassungsalter darf sicher nicht unter das von den früheren Übereinkommen festgesetzte Alter gehen, die ja auch ihrerseits in allen Staaten die Ausdehnung der Volksschulpflicht bis zum vollendeten 14. Lebensjahr voraussetzen.

Der Vorstand appelliert an die Delegierten und technischen Berater, sowohl aus den christlichen Gewerkschaften als von den anderen Richtungen, im obenstehenden Sinne in der Konferenz zu arbeiten.

Lohn- und Tarifbewegung.

Tarifvertrag Rheingebiet verbindlich. Der Schiedspruch vom 10. April für das Rheingebiet ist durch das Arbeitsministerium auf unseren Antrag verbindlich erklärt worden. Der Schiedspruch schafft allerdings nur Vertragsrecht zwischen dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet. Geregelt wird der Lohn und der Rahmenvertrag mit einigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 24. bis 30. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Hugo Kükelhaus †.

Der langjährige Führer und Begründer des Rheinisch-Westfälisch-Sippischen Tischlerinnungsverbandes in Essen ist am 20. Mai d. J. im Alter von 61 Jahren verschieden.

Durch sein Hinscheiden verliert der Rheinisch-Westfälisch-Sippische Tischlerinnungsverband eine kaum ersichtbare Führerpersönlichkeit. Hugo Kükelhaus war ein Handwerker- und Arbeitgeberführer ganz eigener Prägung, dem der Gemeinschaftsgedanke zwischen Meister und Gesellen wirklich Herzenssache war. Ihm galten Ehre und Manneswort alles. Vereinbarungen wurden, soweit sein Einfluß reichte, gehalten. In jahrzehntelanger Tarifgemeinschaft haben wir Hugo Kükelhaus kennen und schätzen gelernt. Sein Andenken bleibt bei uns in Ehren.

Rundschau.

Worauf warten wir? Das Elend der europäischen Massen hat einen erschreckenden Grad erreicht. Millionen Erwerbsloser vegetieren: zu arm zum Leben und zu reich zum Sterben. Andere, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, sind am Verhungern und sehen dem Ende entgegen. Das Elend in den Großstädten ist entsetzlich. Es versteckt sich hinter die Mauern des Armenviertels und dringt nur selten und schwächern zu den Augen und Ohren der Wohlhabenden und Reichen. Aber dieses würgende Elend ist um uns; es wächst; es greift um sich. Und mit ihm die Verzweiflung so vieler Betroffenen.

Sind wir denn blind? Sehen wir nicht das Drama, das vor unseren Augen sich abspielt? Sehen wir nicht die kommende Katastrophe? Wer wagt es noch, sich darüber zu wundern, daß Männer und Frauen, die nicht wissen, woher sie Brot für ihre Kinder nehmen sollen, den Staat und die Gesellschaft, die dies zulassen, verfluchen und sich nach Chaos und Umsturz sehnen? Wer wagt es, diesen Verzweifelten Vorwürfe zu machen, statt denen, die sie in diese Verzweiflung treiben? Jeder schiebt die Schuld auf den anderen: die einen auf die kapitalistische Wirtschaft, die anderen auf die sozialistische Politik; beide aber auf die Regierungen. Kleine Hilfsmittel werden gesucht; sie nützen wenig. Die Verzweiflung wächst. Bauern und Arbeiter sind durch die Krise gleichmäßig betroffen. Die inneren Gegensätze wachsen. In Deutschland wächst der Radikalismus, nach rechts und nach links. Die einen sagen: Plündern wir die Reichen, und unser Elend ist zu Ende! Die anderen sagen: Stellen wir unsere Schuldzahlungen ein, und unser Elend ist zu Ende! Die einen suchen die Lösung durch Revolution, die anderen durch Krieg. Die einen erhoffen eine Explosion nach oben, die anderen nach der Seite. Die einen schieben das Elend auf die Unternehmer, die anderen auf die Kriegsgläubiger. Dieses Anwachsen des Kommunismus und Nationalsozialismus in Deutschland bildet eine europäische Gefahr. Es führt geradlinig zu Krieg oder Revolution. Denn ein Krieg hätte Revolution im Befolge und Revolution Krieg. Diese beiden Gefahren sind nicht zu trennen. Sie haben das gleiche Ziel: Zerstörung. Sie haben die gleiche Wurzel: Elend. Rußland hat gezeigt, daß weder die Schuldenstreichung noch die Plünderung der Reichen das Elend verdrängen können. Heute, nach zwölf Jahren seit dem Beginn des Bolschewismus, ist dort die allgemeine Not größer denn je. Weder Krieg noch Revolution können hier helfen, sondern nur: Vernunft, Organisation, Zusammenarbeit.

Europa schläft. Es streitet um gleichgültige Dinge, verheßt die Dölker gegeneinander, untereinander, während die Massen hungern. Es verläßt sich auf seine Polizei und Armee, um Hungerkrawalle niederzuschlagen, und empfindet es nicht als Verbrechen, die Dinge sich selbst zu überlassen. Wann werden die Führer der europäischen Industrie und Landwirtschaft sich mit den Führern der Gewerkschaften an einen Tisch setzen, um zu beraten, wie sich die Arbeitslosigkeit produktiv bekämpfen läßt? Wie Europa als Ganzes einen Feldzug führen kann gegen das europäische Elend, einen Feldzug, an dem Bauern, Bürger und Arbeiter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Regierungen und Parlamente gemeinsam teilnehmen?

(Fortsetzung Seite 175)

Rüstet zur Werbearbeit.

Berufsecke für Arbeiter in Säge-, Hobel- und Furnierwerken

Deutsche Waldnot.

Soweit wir die Entwicklungsgeschichte der Menschheit zurückverfolgen können, war das Holz, das der ungeheure Waldreichtum der Erde in früheren Jahrhunderten in vielfältigen Formen und Arten bot, der immer dienstbereite Freund und Helfer des Menschen. Neben Kohle und Eisen bildet gerade das Holz den wichtigsten Almospender der Welt. Wo wir auch hinschauen mögen, überall treten uns die vielseitigen Erscheinungsformen des Holzes entgegen. Zeitungen aus Holz, kunstseidene Strümpfe, Vulkanisierkoffer, Krawatten, Zelluloidkämme, alles aus Holz, — ganz abzusehen von den zahllosen Verwendungsmöglichkeiten des Bauholzes. Ohne den „Wunderstoff Holz“ ist das Weltbild in seiner heutigen Struktur undenkbar. Da auch Kohle nur eine andere Form des Holzes darstellt, war die Dienstbarmachung der Metallerze an die Voraussetzung des Brennstoffes Holz geknüpft.

Neben dem Bauholz sind die wichtigsten Verwendungsarten des Holzes Gruben-, Papier- und Eisenbahnschwellenholz. Wenn auch die Verwendung von Holz für Hausbrand und Industriefeuerung im Verhältnis zur Kohle stark zurückgegangen ist, so stellt es trotzdem auch heute noch einen sehr beachtlichen Faktor unserer Brennstoffwirtschaft dar. Es steht als Energieträger mit 15 Millionen Tonnen, die nach ihrer Heizkraft in Steinkohle umgerechnet rund 7,5 Millionen Tonnen Normalkohle ergeben, gegenwärtig noch an zweiter Stelle. Heute beginnen andere Stoffe das Holz in mancher Hinsicht zu ersetzen. Welche Möglichkeiten aber noch im Holze schlummern, beweisen die jüngsten Ergebnisse der Wissenschaft, nach denen es möglich wird, aus Holz Essigsäure, Alkohol, Futtermittel und sogar Zucker zu gewinnen.

Die deutsche Volkswirtschaft ist stark mit ihrem Waldbau verknüpft. 127 000 qkm, das sind 26 v. H. der Gesamtfläche Deutschlands sind mit Forsten bedeckt. Der Abtrieb von jährlich 55 Millionen Festmeter hält dem Holzzuwachs die Waage. Durch einen unerwarteten Preissturz und stark nachlassende Absatzmöglichkeiten stehen heute die Privatwaldungen, ebenso wie die Staatsforsten, die Sägeindustrie und die Holzverarbeitenden Wirtschaftszweige vor der drohenden Gefahr schwerster Schädigung. Die Arbeitslosigkeit ist in diesen Gewerben in einem ständigen gefährvollen Wachstum begriffen.

An dem Elend im deutschen Walde ist neben der Erhöhung der „fogen Kosten“ vor allem die Einfuhr schuld. Während wir 1925 für 441 Millionen Rohholz einfuhrten, waren es 1927 für 519 und 1928 sogar für 610 Millionen. Wenn die Einfuhr 1930 auf 380 Millionen zurückging, so ist das nur ein bemerkenswertes Zeichen der Auswirkungen der deutschen Wirtschaftskrise. An der Einfuhr sind in erster Linie Polen, Rußland, Finnland und die Tschechoslowakei beteiligt. Besonders auffallend ist das Vorrücken Rußlands auf dem deutschen Holzmarkt.

Es ist in einer Zeit größter Wirtschaftsnot und im Zeichen der Aufgabe einer notwendigen Aktivierung unserer Handelsbilanz unerträglich, wenn selbst unsere Behörden und die Betriebe der öffentlichen Hand in der Innenausstattung ihrer Baulichkeiten einen ungeheuren Luxus mit exotischen Hölzern treiben. Immer wieder hört man, daß in unserem verarmten Deutschland teurer ausländischer Rohstoff vor einheimischem bevorzugt wird. Zwar sind endlich in letzter Zeit Anregungen, Beschlüsse und Verfügungen oberster Landesbehörden ergangen, inländischen Hölzern wenn möglich den Vorzug zu geben. Es bedarf aber noch eines viel energischeren Vorgehens, um zu verhindern, daß einheimisches Fichten- und Kiefernholz nur zu Verlustpreisen verkäuflich ist, während überall ausländisches Holz verarbeitet wird. Unsere wirtschaftliche Not erfordert Einsparungsmaßnahmen durch Verminderung des Materialluxus und vernünftige Herabsetzung der widersinnigen Güteansprüche in Holz und Holzstoffen.

Sür die Bessergestaltung der deutschen Sägewerksbetriebe!

Ein neues AWF-Merkheft: „Der Schnittholzplatz — Fördern, Stapeln, Pflege des Holzes“.

Bei der großen ausländischen Konkurrenz ist es für die deutsche Holzindustrie von größter Wichtigkeit, an der Verbesserung ihrer Betriebe zu arbeiten, um in erster Linie ein preiswertes Erzeugnis

liefern zu können, dann aber auch dieses Erzeugnis in möglichst großer Güte hervorzubringen.

Dies ist nur zu erreichen, wenn die Betriebe selbst in wirtschaftlichster Weise arbeiten und besonders auf die sorgfältige Behandlung und Pflege des Holzes bedacht sind. Bei der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gehört die Bewegung des Holzes, das Hinschaffen vom Walde zum Rundholzplatz, von dort zur Sägehalle, das Fördern in der Sägehalle und auf dem Schnittholzplatz zu den Hauptfragen, die zweckmäßig gelöst werden müssen. Stehen doch mit der Arbeit der An- und Abfuhr des Holzes und des Fortbewegens innerhalb des Sägewerkes von den Lager- und Sortierstellen zu den Verarbeitungsstellen und zur weiteren sorgfältigen Lagerung und Trocknung in engem Zusammenhang mit der ganzen Lage und Anordnung des Betriebes und mit den einzelnen Arbeiten.

Diesen wichtigen Aufgaben, die das gesamte Förderwesen in der Sägeindustrie zu erfüllen hat, wird noch lange nicht die Bedeutung zuerkannt, die sie eigentlich haben müßten. Man fördert und bewegt das Holz noch vielfach so, wie es früher immer gemacht wurde, und macht sich oft gar nicht klar, daß sich durch kleine Veränderungen in der Anordnung der verschiedenen Arbeitsplätze oder durch Einführen von zweckentsprechenden Fördermitteln, die durchaus nicht teuer zu sein brauchen, ganz erhebliche Mühe, Arbeit, Zeit und Kosten ersparen lassen. Vor allem sollten sich die überall weit verstreut liegenden, kleineren Sägewerke mehr als bisher mit solchen Fragen der Bessergestaltung ihrer Arbeiten befassen.

In Erkenntnis dieser dringenden Aufgaben hat der AWF in seinem Unterausschuß für Förderwesen in der Sägeindustrie in Gemeinschaftsarbeit mit Holzfachleuten aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Richtlinien für wirtschaftliches Fördern in Sägewerksbetrieben ausgearbeitet. Die Arbeiten sind in drei Abschnitte unterteilt. Teil I ist vor einiger Zeit als Merkheft: „Fördern auf dem Rundholzplatz“¹⁾ veröffentlicht worden. Teil II: „Fördern in der Sägehalle“ ist noch in Arbeit. Unter dem Titel: „Der Schnittholzplatz — Fördern, Stapeln, Pflege des Holzes“ erschien soeben der III. Teil.²⁾

Bei der großen Bedeutung, welche die Einführung von einheitlichen Begriffsbestimmungen gerade in der Sägeindustrie zur Verständigung in den verschiedenen Gegenden Deutschlands haben muß, sind auch bei dieser Schrift einheitliche Maßeinheiten, Sägewerksgrößen, Rundholz-, Lager- und Gerätebezeichnungen an den Anfang gesetzt worden.

Die eigentlichen Ausführungen sind in zwei Hauptabschnitte unterteilt, da die Anlage des Schnittholzplatzes, das Stapeln und die Pflege des Holzes verschieden ist, je nachdem, ob es sich um besäumtes oder unbesäumtes Schnittholz (Blockware) handelt.

Im ersten Abschnitt werden der Schnittholzplatz und die Arbeitsvorgänge für besäumtes Schnittholz behandelt. Die günstigste Lage und die Beschaffenheit eines gut angelegten Platzes werden erörtert. Für seine Größe und Einteilung in Feuerstreckstreifen, Sortierplatz, Stapelfelder, Stapelgassen, Platz für Lagerschuppen und Abseß- und Verladeplatz werden Richtlinien gegeben, die durch Skizzen von Schnittholzplatzanordnungen mit Maßangaben und verschiedenen Fördermöglichkeiten anschaulich ergänzt werden. Der Reihe nach werden dann die Arbeitsvorgänge behandelt, das Fördern aus der Sägehalle, verschiedene Möglichkeiten des Sortierens, zweckmäßiger Stapelbau und richtiges Stapeln von frischem und lufttrockenem Holz zur Vermeidung von Rissebildung und Wertminderung. Es wird dargelegt, wie das Auf- und Abstapeln von Hand und mit Stapelmaschinen vorteilhaft vorgenommen und wie schließlich das Holz zum Verladeplatz geschafft und zweckmäßig verladen wird. Dabei werden die verschiedenen Arbeitsweisen auf Plätzen mit Gleisanlagen, mit mechanischen Fördereinrichtungen und mit gleisloser Förderung, z. B. Fuhrwerk, eingehend behandelt.

Im zweiten Abschnitt werden nach ähnlichen Gesichtspunkten die Besonderheiten in der Behandlungsweise der Blockware beschrieben, soweit sie von der des besäumten Schnittholzes abweichen. Auf

¹⁾ Bestell-Nr. AWF 230, Beuth-Verlag, Berlin S 14, Dresdener Straße 97.

²⁾ Bestell-Nr. AWF 232, Beuth-Verlag, Berlin S 14, Dresdener Straße 97.

Jorgfältiges Stapeln und auf die Pflege und Behandlung der hochwertigen Holzarten wird ausführlich eingegangen. Dabei sind die verschiedensten Formen von Lagerstapeln und Hütten durch Bilder und Skizzen veranschaulicht.

Zum Schluß sind in einem Anhang die den Feuerschutz betreffenden Maßnahmen in kurzen Zeitsätzen zusammengestellt, die das Wesentliche der in den Einzelheiten überall verschieden lautenden Vorschriften der Feuerpolizei enthalten.

Die Schrift bietet der Sägeindustrie viele Anregungen, zumal wenig Literatur vorliegt, die dieses umfassende Gebiet in so kurzer, übersichtlicher Form behandelt und den vielseitigen Wünschen der Praxis gerecht wird.

Hubwagen in der Holzindustrie, besonders bei der Holztrodnung.

In dem kürzlich veröffentlichten Entwurf über „Zweckmäßige Holzstapelung in Trockenkammern“ ist ausdrücklich empfohlen, wenn irgendmöglich, auf Wagen zu stapeln. Daraus ergeben sich verschiedene Vorteile. Zunächst kann der Wagen außerhalb der Kammer bequemer gestapelt werden, als die Stapelung in der Kammer selbst im beengsten Raum möglich ist. Ferner ist es nicht nötig, die Kammer während der ganzen Stapelungszeit offen zu halten, sie dadurch abzukühlen und dem Trockenprozeß unnötig lange zu entziehen. Es läßt sich vielmehr auf den vorhandenen Reservewagen schon das Holz für den nächsten Trockenprozeß stapeln, während die Kammer noch gefüllt ist. Weiterhin ist es unter Umständen möglich, die Trockenraumwagen zum Transport des Holzes vom Lagerplatz zur Trockenkammer zu benutzen, d. h. es müßte in diesem Fall das Holz am Lagerplatz unmittelbar auf die Wagen vorchriftsmäßig gestapelt werden. Die örtlichen Verhältnisse sind natürlich für die Möglichkeit dieser Betriebsweise ausschlaggebend.

Wenn die Trockenraumwagen auf Schienen laufen und der Platz vor den Trockenkammern nur in beschränktem Maße zur Verfügung steht, ergeben sich bei langen Trockenkammern leicht Schwierigkeiten, auf den vor den Trockenkammern hintereinanderstehenden Wagen zu stapeln. Es ist oft gewünscht, daß die Wagen nebeneinander stehen und seitlich verschoben werden können. Die Anwendung von Schiebebühnen ist teuer und bringt verschiedene Unannehmlichkeiten mit sich.

Es sei daher auf einen Hubwagen verwiesen, der von der Firma W. Dülken & Co. in Essen-Werden konstruiert ist und sich in den Holzbearbeitungs- und Kunstleitenfabriken dieser Firma in verschiedener Ausführung sehr gut bewährt hat. Der Hubwagen wird seitlich unter den Trockenraumwagen gefahren und dann dieser mit Hilfe einer Kurbel von den Schienen abgehoben und beliebig nach der einen oder anderen Seite befördert. Ein etwas anders konstruierter Hubwagen wird dazu benutzt, die von der Blockbandsäge kommende Schnittware aufzunehmen, bis über die in einiger Entfernung seitlich von der Blockbandsäge verlaufenden Gleise gefahren und hier auf einen Gleiswagen abgesetzt. Mit dem Gleiswagen wird das Holz dann zum Stapelplatz der Schnittware gefahren. Bei Verwendung gleisloser Fördergeräte an Stelle der Schienenwagen kann man auch ohne Hubwagen auskommen, wenn diese Fördergeräte durch die Anordnung und Lenkbarkeit der Räder eine große Wendigkeit besitzen und die Bodenverhältnisse entsprechend gut sind. Die Möglichkeit, gleislose Fördergeräte als Trockenraumstapelwagen zu benutzen, wird durch die Breite der Trockenkammern und die Länge des zu stapelnden Holzes begrenzt. Ferner müssen in der Trockenkammer zwei oder drei Schienen eingebaut werden, die in einfacher Weise durch Verwendung von flachgelegten mit den Schenkeln nach oben zeigenden U-Eisen herzustellen sind. Die Räder der Trockenraumwagen werden dann so eingefahren, daß sie in der richtigen Spur gehalten werden. AWF-Mitteilungen.

(Fortsetzung von Seite 173)

Es ist Zeit, daß Europa sich dieser Aufgabe bewußt wird. Daß seine besten Führer und Organisationen jenseits aller nationalen und Klassenkämpfe den Ernst der Stunde begreifen und die Aufgaben, denen sie gegenüberstehen, ist unser dringender Wunsch!

M. A.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Wer ist Hilfsarbeiter? Der Begriff des „Hilfsarbeiters“ kommt in vielen Tarifverträgen vor, ohne daß näher gesagt wird, was eigentlich hierunter zu verstehen ist. Von Interesse ist deshalb eine Äußerung des Reichsarbeitsgerichts, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

Nach dem Sprachgebrauch wird man unter Hilfsarbeit die Tätigkeit eines noch nicht voll ausgebildeten Arbeiters zu verstehen haben, der mit einzelnen Handreichungen dem selbständigen Vollarbeiter in seiner Art Hilfe leistet, indem er ihn von weniger wichtigen, aber zu seinen Verrichtungen notwendigen Nebenarbeiten freistellt. Der Dollarbeiter soll sich lediglich der schaffenden Tätigkeit widmen und seine Zeit nur auf sie verwenden können. Seine Zeit ist zu kostbar, als daß er sich selbst die nötigen Stoffe und Werkzeuge heranzieht und zum Gebrauch fertigstellt; dazu wird ihm ein Gehilfe beigegeben, der diese Aufgabe für ihn ausführt. So kennen das Steinselegergewerbe, das Hoch-, Beton- und Tiefbau- und das Baugewerbe den Begriff der Hilfs- und sonstigen Arbeiter, die nicht als Dollarbeiter gelten, deren Arbeit aber für den Erzeugungsprozeß unumgänglich nötig ist. Alle diese Arbeiter sind Hilfsarbeiter und bleiben es, obwohl ihre Tätigkeit zur Herstellung des Erzeugnisses nicht entbehrt werden kann und unmittelbar im Erzeugungsprozeß darin steht. Dabei wird diesen Arbeitern in der Regel eine längere Tätigkeit in dem betreffenden Gewerbe zur Seite stehen, eine gewisse Vorbildung auch für ihre Arbeit notwendig sein. Man wird also als Hilfsarbeit ohne Rücksicht auf die Vorbildung, aber auch ohne Rücksicht auf die schwere oder leichte Tätigkeit die bezeichnen müssen, die nicht die Tätigkeit eines Dollarbeiters ist, die aber im Erzeugungsprozeß notwendig ist, um die Leistungen des Dollarbeiters zu fördern und zu steigern. Geht man hiervon aus, so wird man die Frage der Hilfsarbeit nur für den einzelnen Fall und die besondern Verhältnisse jedes Betriebs beantworten können. Die Entscheidung liegt also in der Hauptsache auf tatsächlichem Gebiet. (RAG. 514/30. — 18. März 1931.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Dülken. Am Samstag, den 2. Mai, feierte die Zahlstelle Dülken das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Pollmanns, konnte recht viele Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie auch Vertretungen aus den Zahlstellen Dierßen und Lobberich begrüßen. Ein besonderer Gruß galt den Vorständen der Bruderverbände und dem Kartellvorstand und selbstverständlich dem Jubilar des Abends, dem Kollegen Peter Beckers.

Gauleiter Kollege Werder, Düsseldorf, hatte die Festrede und die Ehrung des Jubilars übernommen. Er schilderte die Verhältnisse vor 25 Jahren, die, trotzdem sich in dieser Zeit das Deutsche Reich in einem starken wirtschaftlichen Aufschwung befand, für die Arbeiter nicht die rosigsten waren. Der Gewinn der Besitzenden mehrte sich, und das Volksvermögen wuchs, aber materiell wie rechtlich war der Arbeiterstand bedrückt und nicht geachtet. Erst als die Arbeiter immer mehr zur Selbsthilfe griffen und sich in christlichen Verbänden zusammenschlossen, war es möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern und dem Arbeiterstand eine geachtete Stellung zu erkämpfen. Und wenn infolge der furchtbaren Zeitgeschicknisse der letzten 15 Jahre heute Krisenerscheinungen auftreten und Notzeiten entstehen, so sollen wir nicht verkennen, daß trotzdem der Arbeiterstand rechtlich eine bessere Stelle im Volksstaat einnimmt als im früheren Obrigkeitsstaat. Nicht mutlos sollen wir in die Zukunft blicken, sondern mit dem Eifer und dem Idealismus, wie die Kollegen vor 25 Jahren am weiteren Aufstieg des Arbeiterstandes arbeiteten.

Dem Jubilar, Kollegen Peter Beckers, widmete er ganz besonders herzliche Worte und überbrachte ihm auch die Glückwünsche des Zentralvorstandes. Der Jubilar, so führte er aus, ist nicht nur Mitglied gewesen, sondern auch immer Mitarbeiter. Als die Zahlstelle gegründet wurde, war er dabei und wurde zum Vorsitzenden gewählt. Schon einige Jahre vorher war der Versuch gemacht und eine Zahlstelle gegründet worden, aber die Schwierigkeiten für ihren Bestand waren zu groß. Als Kollege Beckers den Vorsitz übernahm, gab er das Versprechen, daß unter seiner Leitung und Mitarbeit die Zahlstelle gesichert sei. Und er hat sein Versprechen gehalten. Drei Jahre war er Vorsitzender und 22 Jahre ist er jetzt Kassierer der Zahlstelle. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß während des Krieges seine Frau die Kassengeschäfte geführt hat. Kollege Werder feierte den Jubilar als Sinnbild der Treue, des Vertrauens und des Pflichtbewußtseins, sein Beispiel müsse anzuregen zur Nachfolge. Zum Dank für seine mühevollen Arbeit, die er im

Dienste der Organisation für die Arbeiterschaft geleistet hat, überreichte ihm Kollege Werder Nadel und Diplom und der Vorsitzende der Zahlstelle einen herrlichen Blumenstrauß, den er aber, bescheiden wie er ist, seiner lieben Frau überreichte, sie damit ehrend für die Arbeit, die sie geleistet hat.

Gedichte, die dem Sinn der Feier entsprachen, vorgetragen von Kindern einiger Mitglieder, verschönten den Abend. In den Ansprachen der Festgäste kam zum Ausdruck, daß die Zahlstelle der Holzarbeiter in Dülken geachtet und der Jubilar allgemein beliebt ist. Mit einem gemüthlichen Besammensein wurde die schön verlaufene Feier beschlossen.

Dortmund. Eine am 16. Mai von der Verwaltungsstelle Dortmund einberufene Versammlung befaßte sich mit aktuellen Zeitfragen. Ausgehend von dem in den letzten Monaten vorgenommenen Lohnabbau, der in seiner Auswirkung wesentlich höher ist als die nackten Prozentsätze der Schiedsprüch, wurden entschiedenere Maßnahmen verlangt auf dem Gebiete des Preisabbaues.

Zur Ankurbelung bestimmter Wirtschaftszweige dürften nicht Zölle das Allheilmittel sein. Diese Wirtschaftszweige hätten sich vielmehr die technischen Errungenschaften zu eigen zu machen, um durch erhöhte Produktion den Markt zu beeinflussen. Leider sei zu verzeichnen, daß sogar Menschen, welche sich als Führer des Volkes berufen fühlten, sich wenig Sorge machen darüber, was denn überhaupt geschehen müsse, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.

Die Arbeiterschaft hat leider feststellen müssen, daß bei dem Kampf um den Lohn alle außerhalb des Arbeiterstandes stehenden Organisationen des Rätsels Lösung nur im Lohnabbau gefunden haben, darunter auch der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Reichsverband für den Einzelhandel. Bei Neuregelung der Gehälter für die Beamten erheben dieselben Kreise jedoch ihre warnende Stimme, weil Beamten-Gehaltskürzung die Kaufkraft der Wirtschaft lähmen und vollständig droffeln müsse.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß es nicht notwendig sei, an überlebten Einrichtungen starr festzuhalten, und vertrat hierbei den Standpunkt, daß zu diesen überlebten Einrichtungen auch die Art der Erhebung der sogenannten Hauszinssteuer gehöre. Es möge richtig sein, daß es eine Zeit gegeben hat, wo der Staat aus den Werten Zins erheben mußte. Wieweit diese Steuerform heute noch angebracht sei, wäre eine andere Frage. Wenn man bedenkt, daß auf der einen Seite neue mobile Kapitalien geschaffen werden, welche im Auslande investiert, worauf der deutsche Staat wenig oder gar keinen Einfluß ausüben kann und somit gezwungen wird, seine immobilien Kapitalien durch aufgeblähte Verwaltungsapparate zu verzehren, sei es die höchste Zeit, diese Frage einer ersten Prüfung zu unterziehen.

Die Versammlung nahm eine entsprechende Entschließung an.

Goch. Am Sonntag, den 10. Mai, fand eine Mitgliederversammlung statt, an der auch unser Gauleiter Kollege Werder teilnahm. Er erstattete einen Bericht über die Tarifbewegung im Holzgewerbe unter Berücksichtigung des Rheingebietes und der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Die Kollegen, die bereits 25 Jahre ununterbrochen unserem Verbands angehören, erfuhren durch Kollegen Werder eine sinnige Ehrung.

Kollege Werder schilderte die Zeitverhältnisse vor 25 Jahren, als die Kollegen dem Verbands beitraten, und betonte, daß es besonders am Niederrhein nicht leicht gewesen sei, sich durchzusetzen. Manch harter Kampf mußte durchgeföhrt werden, um sich Anerkennung zu verschaffen. Wenn man sich deshalb heute die Frage vorlege, ob es denn wirklich eine Tat war, Zahlstellen zu gründen und mit zäher Energie und Opferwillen an deren Ausbreitung zu arbeiten, dann muß man diese Frage freudig bejahen. Durch die

organisierte Selbsthilfe und das organisierte Streben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinsam zu regeln und deren Festsetzung nicht mehr dem einzelnen und mehr oder weniger dem Zufall zu überlassen, wurde dem Konkurrenzkampf der Arbeiter unter sich Einhalt geboten und das Vertrauen und die Zuersticht in die eigene Kraft geweckt und gestärkt. Auch für die Zukunft wird die Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben und im Betrieb nur Einfluß erlangen und behalten, wenn sie ihrer bewährten Organisation treu bleibt, darin mitarbeitet und sich durch Schulung das nötige Rüstzeug aneignet, um alle Pläne ihrer Gegner durchschauen und abwehren zu können. Mögen auch die Kollegen in Goch dieses beherzigen und an dem Werk weiter bauen, das die Alten geschaffen haben.

Kevelaer. Bei der Orgelbauanstalt Ernst Seifert Söhne sind die Kollegen ausgesperrt. Als Entlassungsgrund wird angegeben, daß ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei. Für den Betrieb war früher der Landestarifvertrag für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet maßgebend. Im Januar kündigte die Firma den bisher gezahlten Lohn und machte einseitig Lohnabzüge, trotzdem sie den geltenden Tariflohn nicht gezahlt hatte. Der Versuch, eine friedliche Regelung herbeizuföhren, mißlang, da die Firma den Vorschlag, den Lohnabzug rückgängig zu machen und die allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Rheingebiet abzuwarten, zurückwies.

Um zu ihrem Recht zu kommen und ihres Lohnes nicht verlustig zu gehen, beschritten die Kollegen den Klageweg und erreichten am Arbeitsgericht, daß ihnen der Lohn zugesprochen wurde. Nun ist die Firma ärgerlich und will mit den Leuten nichts mehr zu tun haben. Solange sie sich jede Behandlung, auch die unwürdigste, gefallen ließen und Unrecht erduldeten, durften sie, wenn Beschäftigung vorhanden war, arbeiten; nun sie aber über ihre Arbeitsverhältnisse mitreden und mitbestimmen wollen und ihre Rechte geltend machen, sind sie schlechte Kerle und werden auch bei guter Beschäftigung auf das Straßenpflaster geworfen. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Dortmunder Schreinergefelln gegen Schwarzarbeit. In der Handwerksbewegung ist viel gegen die Schwarzarbeit protestiert worden. Die größten Sünden der Schwarzarbeit findet man allerdings in den Reihen der Arbeitgeber. Eine hiesige Firma, die ihre Leute zum größten Teil entlassen hat, hat am Außbaumweg in den Bauten der Dortmunder Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Montagearbeit zu verrichten. (Fenster einsetzen.) Anstatt ihre eigenen Tischlergefelln zu beschäftigen, findet man neben alten invaliden Schreinerhilfsarbeiter und Elektriker vor, die diese Arbeiten ausföhren. Die Meister lassen es bei papierernen Protesten und sündigen in ihren Reihen weiter mit Schwarzarbeit.

Eine Anzahl erwerbsloser Tischlergefelln gingen zum Außbaumweg und haben diese Schwarzarbeiter und Pflücker entfernt. Wir fragen:

1. Was gedenkt die hiesige Tischlerinnung und der Arbeitgeberverband in der Angelegenheit zu tun?
2. Was gedenkt die Dortmunder Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft bzw. ihre Bauleitung in dieser Angelegenheit zu tun?

Erstrebt wird, daß die Arbeit durch hiesige Firmen gemacht werden soll. Mit der Lieferung durch hiesige Firmen ist der Sache allein nicht gedient, es sollen auch hiesige Arbeiter beschäftigt werden.

Anzeigenpreis für die vierseit. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengefuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

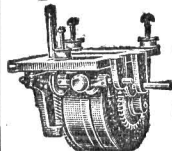
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7713 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke



zum Selbsteinbauen **1a. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Plattenspieler)** Mk. **11.50**
nebst allem Zubehör nur

Regulateur- und Hausuhrwerke sowie Tonführungen
aus Holz und Metall nach Katalog

Robert Husberg, Neuenrade N 9

Original-Süddeutsche Hobelbänke

200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum **Reklamepreis per Stück 74.— Mk.** ab süddeutscher Station. **Garantie für jede Bank.** Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. **M. E. WALTHER,** Dresden 23, Rehefelder Straße 53